



## **Der Tag der Familie gilt grenzenlos – Familien gehören zusammen!**

### **Ein Aufruf zum Handeln!**

Krieg, Verfolgung und schwere Menschenrechtsverletzungen zwingen jedes Jahr tausende Menschen zur Flucht. Und auch auf der Flucht sind sie lebensbedrohlichen Situationen ausgesetzt. Familien werden auseinandergerissen. Kinder werden von ihren Eltern getrennt, Väter von Frau und Kindern. Nicht selten sind die einen in Deutschland und der andere Teil der Familie bleibt in der Konfliktregion zurück oder sitzt in einem Camp an den europäischen Außengrenzen fest. Zudem wird vielen Flüchtlingen nur ein subsidiärer Schutzstatus zuerkannt, wodurch die Möglichkeiten einer Familienzusammenführung deutlich erschwert werden. Gerade unbegleitete minderjährige Geflüchtete stehen vor der Situation, dass sie ggf. ihre Eltern aber nicht ihre Geschwister zu sich holen dürften, was selbst eine Kernfamilienzusammenführung unmöglich macht. Oft vergehen Jahre, bis Familien wieder zusammen sind.

Obwohl Deutschland mit dem Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten vom 1. August 2018 und der Einführung von § 36a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) festgelegt hat, maximal 1.000 Visa pro Monat für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten zu erteilen, werden seither selbst diese wenigen Visa pro Monat nicht gewährt. Die Zahl der tatsächlich Aufgenommenen lag weit darunter.

Viele Geflüchtete leben somit auch in Deutschland in der permanenten Angst um ihre engsten Angehörigen. Durch diese enorme psychische Belastung wird ein echtes Ankommen in unserem Land mehr als nur erschwert.

Wir fordern:

1. Das vereinbarte Kontingent von 1000 Menschen pro Monat zur Familienzusammenführung sofort zu erfüllen und mittelfristig subsidiär Schutzberechtigte mit Flüchtlingen gleichzustellen, denn das Grundrecht auf den Schutz der Familie gilt universell.
2. Die schnellere Bearbeitung von Visa-Anträgen durch bessere personelle Ausstattung in den Auslandsvertretungen und die Schaffung von Möglichkeiten der digitalen Beantragung von Visaanträgen zu gewährleisten.

gez.

Hilde Mattheis, MdB

Volker Kauder, MdB